
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 23.06.2020

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 16:00 Uhr
Sitzungsort: Anhaltisches Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"
Dessau, Sporthalle, Junkersstraße 30, 06847 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Puttkammer eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit durch 9 anwesende und stimmberechtigte Stadträte fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 0

3 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr George teilt mit, dass es seit April seitens des Sozialamtes, Handlungsanweisungen für das Jobcenter, für die Kosten der Unterkunft im Frauenhaus gibt und fragt hierzu an, wie diese aussehen und ob sie mit Unterstützung an den Träger herausgegeben wurden. Hintergrund ist ein Einzelfall bei dem es Schwierigkeiten gab.

Frau Paesold erklärt, dass diese Einzelfälle nach ihrem Kenntnisstand bereits geklärt sind und würde nähere Ausführungen zu dem Thema für den nächsten Ausschuss vorbereiten.

Herr Egelkraut fragt an, ob die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten nach Eintritt in den Ruhestand wieder ausgeschrieben wurde.

Herr Krause informiert, dass es sich hierbei um eine Stabsstelle des Oberbürgermeisters handelt, welche intern ausgeschrieben wurde. Das Verfahren befindet sich

in den letzten Zügen. Die Bewerbungsfrist ist abgelaufen, es gibt mehrere Bewerber und die Auswahlentscheidung liegt jetzt beim Oberbürgermeister.

Frau Heinrich spricht ein Problem aus der Corona-Pandemie an, nämlich die Corona-Prämie. Sie sieht hier eine große Ungerechtigkeit. Während Pflegekräfte in der Altenpflege diese Prämie bekommen können, was sie sehr begrüßt, erfolgt das aber beispielsweise für die Behindertenhilfe nicht. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung waren während der Corona-Zeit geschlossen, sodass eine ganztägige Betreuung und Versorgung in den Wohnheimen erfolgen musste. Personal, welches durch die Sozialagenturen und Heimaufsicht den Wohnheimen zuerkannt wurde, entsprach nicht einer Ganztagesbetreuung. Die Mitarbeitenden mussten zusätzlich arbeiten und sind von der Prämie ausgeschlossen. Weitere betroffene Bereiche sind auch die Beratungsstellen und die Bahnhofsmision. Auch wenn kein Aufenthalt in der Bahnhofsmision möglich war, wurden die Bedürftigen unter schwierigsten Bedingungen weiter versorgt. Auch diese Mitarbeiter haben hervorragende Leistungen erbracht und erhalten keine gesonderte Prämie. Deshalb wäre ihre Bitte, beim Land noch einmal anzufragen, ob eine Nachbesserung erfolgt, um auch diesen Bereichen etwas zukommen zu lassen.

Herr Puttkammer schließt sich **Frau Heinrichs** Ausführungen an und bittet darum, auch weitere Bereiche zu berücksichtigen. Allerdings sollte dann auch eine möglichst gleichmäßige Verteilung erfolgen. Als Beispiel nennt er die Kindergärten. Einige hatten bereits ab 05:30 Uhr geöffnet, die städtischen hingegen hatten beschränkte Öffnungszeiten.

Des Weiteren nennt er einen Punkt zur Corona-Thematik, welche Aufgabe des Pandemiestabs wäre und vielleicht geklärt werden kann. Und zwar haben aktuell die Schulen die Planung für die Zeugnisübergaben auf der Agenda. Die Marienkirche, welche bisher als kostengünstiger Veranstaltungsort dafür genutzt werden konnte, erlaubt nur 75 Personen insgesamt. Es gibt eine Alternative, welche nach seiner Auffassung dafür horrenden Preise verlangt. Möglicherweise könnte die Stadt hier reagieren und den marktwirtschaftlichen Gepflogenheiten eines Monopolanbieters entgegenwirken.

Herr Krause informiert, dass ihm heute über die Onlinemedien bekannt wurde, dass die 7. Verordnung veröffentlicht wurde. In diesen Beiträgen ist zunächst zu finden, dass bis zu 250 Personen wieder bei Veranstaltungen zusammenkommen können. Sodass aus seiner Sicht eine Neubewertung erfolgen muss, wie beispielsweise mit einer Zeugnisausgabe umgegangen wird. Der Pandemiestab tagt nach wie vor einmal wöchentlich. Das Thema wird morgen noch mal intensiv behandelt werden.

Herr George ergänzt als Hinweis zu der Thematik Räumlichkeiten und Veranstaltungen, dass die Jugendweihen hierbei nicht vergessen werden sollten. Der Verein wartet auf Möglichkeiten, die Jugendweihen stattfinden zu lassen und nachzuholen.

Herr Puttkammer teilt mit, dass die Stadt ein Analysegerät gekauft hat. Im Rahmen von Corona waren viele Lieferengpässe entstanden, die zum Teil erheblich waren. Er fragt an, inwieweit diese für die Materialien zum Bedienen dieses Gerätes bestehen.

Herr Krause berichtet, dass das Testmaterial Anfangs mal knapp war. Es gab Teströhrchen, die zur Neige gegangen waren. Mittlerweile ist aber alles in ausreichender Menge vorhanden, was durch die Klinikleitung versichert wurde. Lediglich über die Laborkapazitäten müsse man noch reden. Wenn großflächig getestet wird, kostet das Geld. Inzwischen übernehmen auch einige Krankenkassen diese Testverfahren. Das Gerät ist deshalb so wichtig, da in einer Lockdown-Situation die Laborkapazitäten ausgelastet wären und es eigene Kapazitäten braucht, um eine breite Bevölkerungsgruppe testen zu können. Es handelt sich hierbei um eine dringende und wichtige Bevorratung mit einem Gerät, welches auch mal bei Testungen anderer Grippeviren zum Einsatz kommen kann.

3.1 Prozessinformation des Beigeordneten zum Sachstand „Suppenküche“

Herr Krause führt aus, dass der bisherige Träger - Evangelische Stadtmission Dessau - zum Ende des vergangenen Jahres überraschend die Schließung über die Presse mitgeteilt hat. Ein Jahr zuvor, im Oktober 2018, war er noch persönlich vor Ort in der Suppenküche, um sich mit der Leiterin Frau Hartmann über verschiedene Themen auszutauschen. Bereits damals wurde festgestellt, dass die Nutzerquote in den einstelligen Bereich abgerutscht war und es immer schwieriger wurde, ehrenamtliche Helfer zu finden. Dennoch war man sehr überrascht, von der Schließung über die Presse erfahren zu haben und es wurden sofort über die Kreisarbeitsgemeinschaft der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Maßnahmen ergriffen. Es gab gemeinsame Gespräche, um die Fortführung des Angebotes zu besprechen. Hierbei wurde deutlich, dass ein rein auf Mahlzeiten ausgerichtetes Angebot nicht ausreichend ist, weil die Bedarfe in dem Quartier – Leipziger Tor – Stadtinnenbereich darüber hinaus gehende sind. Am Ende verständigte man sich darauf, hier ein breiteres Angebot zu erarbeiten. Im Sozialausschuss wurde bereits darüber berichtet, dass sowohl für den innerstädtischen Bereich in Dessau, als auch für Roßlau, ein Angebot entwickelt werden soll. Nicht unerwähnt möchte er dabei **Frau Heinrich** lassen, welche dankenswerter Weise über die Bahnhofsmision in der Zwischenzeit die Ausgabe von warmen Mahlzeiten gewährleistet hat bzw. während der Corona-Zeit noch Lunchpakete ausgeben konnte. Hierfür spricht er seinen herzlichen Dank aus. Unterstützt wurde diese mit 6.000,00 € durch die Stadt, welche ehemals für die Evangelische Stadtmission vorgesehen waren. Seitdem ist man in intensiven Gesprächen mit der DWG, der kommunalen Wohnungsgesellschaft und er berichtet, dass ein Objekt der DWG besichtigt und für geeignet befunden wurde. Das Objekt befindet sich zentral gelegen, in der Franzstraße 147, Ecke Gliwicer Straße. Hier soll eine 5-Raum-Wohnung genutzt und umgebaut werden, sodass dort mehrere große Räume, aber auch kleine Beratungsräume entstehen. Von der DWG wird hier gerade ein Umnutzungsvertrag für ein soziales Angebot vorbereitet. Die Mieter wurden bereits durch

einen Mieterbrief informiert. Die Vorstellung ist, ab 01.10. ein soziales Angebot am Standort der Franzstraße 147 vorhalten zu können, welches zunächst die Ausgabe, von über die Woche verteilt, 3 warmen Mahlzeiten vorsieht. Durch den Anbieter ist weiterhin sichergestellt, die Mahlzeiten zur Verfügung zu stellen. Mit der DWG und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege wurde unter dem Arbeitstitel "Franztreff" an der Umsetzung eines gebündelten, sozialen Angebotes gearbeitet. Neben dem Essen sind weitere Angebote wie Sucht- oder Schuldnerberatung vorgesehen. Für das Jahr 2021 ist dann ein Angebot für Roßlau in ähnlicher Art und Weise vorgesehen.

Herr George fragt an, wie man sich die Räumlichkeiten vorstellen kann, in welcher Etage sich diese befinden. Seiner Meinung nach ist das Klientel gerne anonym.

Herr Krause teilt mit, dass die Suppenküche auch nicht versteckt war und dass das Klientel in der Regel bereits bekannt war und aus dem dortigen Umfeld kam. Von der Bahnhofsmision weiß er, dass durch die zentrale Lage auch noch Bedarfe geweckt worden sind. Es ist nicht vorgesehen, dass man dort anonym hingehet. Aufgrund der gekoppelten Beratungsangebote muss dann aber ermöglicht werden, auch mal einen anonymen Zugang zu nutzen. In dem Gebäude soll voraussichtlich auch noch eine zweite 5-Raum-Wohnung angemietet werden, wenn dann die Beratungsangebote eingebracht werden. Im Moment handelt es sich um die 1. Etage.

Frau Perl lobt die Verwaltung und alle Beteiligten für die gute Vorarbeit, sodass im Herbst bereits mit dem Angebot begonnen werden kann. Jedoch erschließen sich ihr noch nicht die Zuständigkeiten. Sie fragt an, wer der Betreiber sein wird.

Herr Krause erklärt, dass die Stadt Mieter sein wird. Die Mietzahlungen sollen über eine Haushaltsstelle der Freien Wohlfahrtspflege erfolgen. Die Betreuung wird aber über die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege realisiert. Hier hat man Partner an der Seite, die mit ihren speziellen Beratungsangeboten, aber auch mit Personal sicherstellen, dass es dort eine Möglichkeit gibt. Darüber hinaus wird aber bereits darüber nachgedacht, ob nicht eine Stelle geschaffen werden kann, über das Förderprogramm Teilhabechancengesetz.

Frau Heinrich erlaubt sich eine kleine Korrektur der Ausführungen von **Herrn Krause**. Man habe 3.200,00 € als Unterstützung für die Bahnhofsmision erhalten, was auch richtig ist, da das Angebot nur für ungefähr ein halbes Jahr vorgehalten werden konnte. Sie ist sehr dankbar für die Unterstützung, aber da die Presse anwesend ist, möchte sie das klarstellen. Des Weiteren betonte sie nochmals, dass es in der Kreisarbeitsgemeinschaft sehr wichtig war, dass es zukünftig nicht nur das Angebot 'Suppenküche' gibt, sondern das Angebot auch darüber hinausgeht. Aus Erfahrungen der Bahnhofsmision heraus, während der Corona-Zeit, wo kein Zugang zu den Räumlichkeiten gewährleistet werden konnte, kann sie berichten, dass es den Bedürftigen nicht nur in erster Linie um das Essen geht, sondern ganz wichtig sind die Gespräche und die Möglichkeiten des Austausches. Dabei handelt es sich nicht nur um sozial Bedürftige, sondern auch um Rentner, die einsam sind und eine Mini-Rente krie-

gen. Welche dort einen Ort finden, an dem eine warme Mahlzeit eingenommen werden kann, aber man auch ins Gespräch kommt, mit jemandem, der sozial kompetent ist. Es geht um ein erweitertes Angebot und die Überlegung als Träger der Wohlfahrtspflege, welche Angebote dort tageweise mit eingebracht werden können.

Herr Zaizek bedankt sich für die Ausführungen von **Herrn Krause** und dem Signal, dass die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und der Stadt tatsächlich so fruchtbar ist. Er möchte aber auch betonen, dass das ganze immer noch ein 'work in progress' ist. Man ist aber in sehr intensiven Gesprächen und der Druck der Verwaltung, eine Lösung zu finden, ist ebenso spürbar. Aus seiner Sicht ermöglicht die Bereitstellung von Räumlichkeiten allein nicht eine angemessene Koordination der hier zutreffenden Angebotsvielfalt. Ein gutes Konzept ist auf dem Weg, aber ohne Geld wird das nicht funktionieren.

Herr Geiger erkundigt sich nach dem Umfang des Angebotes in Bezug auf die Öffnungszeiten und in wie weit es eine soziale Betreuung geben wird. Außerdem erinnerte er sich an den Verein Sozialverband Deutschland e.V. – Kreisverband Dessau – der sich im Ausschuss vorgestellt hat und von dem er weiß, dass dieser in seinen jetzigen Räumlichkeiten nicht wirklich gut versorgt ist. Möglicherweise besteht dann die Option für solche Einrichtungen, dort eine Anlaufstelle zu finden.

Herr Krause kann die Öffnungszeiten zum aktuellen Zeitpunkt konkret nicht nennen, aber diese werden sich aufgrund des Personalmangels beschränken müssen. Wenn es funktioniert, dann geht es um eine 40-Stunden-Stelle eines Trägers und der Rest muss über das Ehrenamt abgesichert werden. Vorstellen kann er sich, dass es zunächst vorrangig um die Mittagszeit geht und möglicherweise eine Art Treffzeit davor und / oder danach geben wird. Die Planung steht hier aber noch ganz am Anfang. Die soziale Betreuung wird sicherlich gleichzeitig über das anwesende Personal abgesichert werden. Bei den später zu integrierenden Beratungsstellen wird es sich um ein professionelles Angebot handeln. Ihm ist wichtig mitzuteilen, dass sowohl die kommunale Familie, als auch die örtlichen Träger, im Zusammenschluss ein Angebot zur Verfügung stellen wollen und die Stadt bereit ist, dieses zu finanzieren. Er bittet daher um Unterstützung bei den bevorstehenden Haushaltsdiskussionen, dieses Angebot entsprechend zu platzieren.

Herr Puttkammer nennt abschließend folgende Punkte, zur Beantwortung in der kommenden Sitzung:

1. Ein Einzelfall – in dem die Stadtwerke einer Mieterin der DWG, über einen längeren Zeitraum die Warmwasserversorgung abgestellt hat, weil die Person nicht gezahlt hat. Aus seiner Sicht müssten hier die sozialen Stellen zusammenarbeiten.
2. Quartierskonzept – er wünscht sich eine Analyse, warum die bisherigen Maßnahmen nicht gefruchtet haben bzw. eine Übersicht der Dinge, die neu sind.

5 Schließung der Sitzung

Herr Puttkammer schließt die Sitzung um 16:00 Uhr.

Dessau-Roßlau, 15.10.20

Michael Puttkammer
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schritfführer